Anlage 6 zu TOP 16

BÜNDNIS 90
DIE GRÜNEN

Erklärung zum Haushalt 2006

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin, meine Damen und Herren des Rates und der Verwaltung, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger,

zunächst möchte ich Dank sagen all denjenigen in der Verwaltung, die diesen Prozess der Umstellung des Haushaltes auf die neue Systematik nach NKF mit der Politik und für Politik und Bürgerschaft gestaltet und forciert haben. Dass die Stadt Rheine bei diesem Prozess zu den Kommunen mit Vorreiterrolle zählt, ist keineswegs selbstverständlich, sondern Ausweis eines hoch engagierten und qualifizierten Teams im Rathaus. Wenn ich unseren Dank an Herrn Lütkemeier gebe, dann geschieht das in dem Bewusstsein, dass er als „Teamchef" der Mannschaft, die uns die Umstellung auf das neue Rechnungswesen gestaltet hat, am besten weiß, wem der Dank gebührt, an wen er somit weiter zu geben ist.

Meine Gedanken zum Haushalt möchte ich auf drei Begriffe exemplarisch konzentrieren:

1. Stichwort: ***Steuererhöhung***

Eine Erkenntnis vorweg: Wieder ist es nicht gelungen, die Eier legende Wollmilchsau zu erschaffen, will heißen, wieder ist es nicht gelungen, gleichzeitig Steuern zu senken, Schulden abzubauen und den Leistungsumfang der Stadt für ihre Bürgerinnen und Bürger zu erhöhen. Im Gegenteil: Abgaben werden erhöht, der Schuldenstand bleibt hoch, Leistungskürzungen sind angesagt. Damit beschreibe ich ein Szenario, das die Zensoren und Kommentatoren unseres Handelns gern und schnell mit so populären Floskeln wie „...den Bürgerinnen und Bürgern tief in die Taschen greifen..." oder „...Drehen an der Steuerschraube..." oder ganz kurz als „Abzocke" betiteln.

Steuern und Abgaben lösen in der Regel bei denen keine Begeisterung aus, die sie zu leisten haben. Das allein ist aber noch kein Grund Steuern und Abgaben oder auch deren Erhöhung ungeprüft zu verteufeln. Lebten wir im Mittelalter, wo die drückende Abgabenlast der Untertanen wesentlich dem Zweck dienten, das herrschaftlich üppige Leben der Feudalherren zu finanzieren, dann wäre die oben benannte Kritik berechtigt. Rheine ist kein Duodez-Fürstentum, die Bürgermeisterin nicht die Fürstin von Rheine –auch nicht die Königin!!!- Rat und Verwaltung nicht der Hofstaat, der das Geld der kleinen Leute verprasst. Wer Kindergärten und Schulen, Bäder und Sportstätten, Theater, Volkshochschule, Musikschule, Stadtbibliothek, Kultureinrichtungen und kulturelles Leben will, wer sichere Straßen und Sicherheit auf den Straßen will, wer durchgehende nächtliche Straßenbeleuchtung will, wer einen funktionierenden ÖPNV will, wer dieses alles oder auch Teile davon in der Organisation und Durchführung durch die Kommune will, muss letztendlich auch bereit sein, die notwendigen Mittel dafür bereit zu stellen. Wir stimmen der ausgewiesenen Erhöhung der kommunalen Steuern zu, nicht nur weil sie moderat ausfällt, sondern weil sie unumgänglich ist, wenn Restspielräume für die Finanzierung kommunaler Aufgaben gewahrt werden sollen. Damit will ich nicht bestreiten, dass Politik und Verwaltung mehr denn je sorgfältig Rechenschaft abgeben müssen, wie sie mit dem ihnen anvertrauten Geld der Bürgerinnen und Bürger umgeht. Die Instrumente dazu stellt uns NKF bereit. Ziele und Kennzahlen werden uns zukünftig in die Lage versetzen, definierte Ziele zu erreichen bzw. den

Zielerreichungsgrad kritisch zu überprüfen, ein klares Bewusstsein über Ressourceneinsatz und Ressourcenverbrauch auch und vor allem im Hinblick auf künftige Generationen zu haben. Die zu organisierende Erfolgskontrolle, nicht wie bisher die Ausgaben- und Einnahmenkontrolle, wird die Messlatte für erfolgreiche und effiziente Kommunalpolitik sein. Wir müssen in einem begonnenen, aber keineswegs abgeschlossenen Lernprozess diese Instrumente, die uns zur Zeit erst unvollständig, um nicht zu sagen lückenhaft zur Verfügung stehen, zu spielen lernen. Dabei wird uns eine Erkenntnis nicht erspart bleiben: Die kameralistische Betrachtung hat uns davor bewahrt, die Konsequenzen kommunalen Finanzgebarens in ihrem ganzen Umfang sehen zu müssen. Wir alle wissen um die Sünden der Vergangenheit. Wir können jetzt, wo etwa Pensionsrückstellungen Bestandteil des kommunalen Haushaltes sind, die Augen nicht mehr davor verschließen, welche finanziellen Folgen jede Einstellung bei der Stadtverwaltung hat.

2. Stichwort: ***Haushaltskonsolidierung***

Mit dem Arbeitstitel „Koalition der Vernunft" hat der Vorsitzende der CDU-Fraktion dem von allen beteiligten politischen Gruppen dieses Hauses erklärten Ziel der dringend gebotenen Haushaltskonsolidierung einen Namen gegeben. Wir haben nicht den geringsten Zweifel, dass dieses Ziel im Hinblick auf intergenerative Gerechtigkeit mit höchster Priorität zu verfolgen ist. Zweifel bekommen wir allerdings schon, wenn wir sehen, wie die CDU dieses Ziel verfolgt. Eine pauschale Einsparvorgabe von 500.000 Euro pro Jahr bei den Personalkosten, wie sie seit dem 21. März d. J. propagiert wird, löst zwar einen vernehmbaren Nachhall im Blätterwald aus, löst aber nicht das Problem. In den Monaten August bis Oktober wird sich in der Arbeit der Strategie- und Finanzkommission zeigen, ob es gelingt, einen politischen Konsens herzustellen über Art und Umfang städtischer Aufgaben, die heute Produkte genannt werden. Hier ist politischer Konsens schon deshalb angesagt, weil es sich hier um eine Herkulesaufgabe handelt, den festgefahrenen finanzpolitischen Karren aus dem Dreck zu ziehen. Wenn die CDU-Fraktion wirklich eine Koalition der Vernunft will, dann muss sie sich so verhalten, wie es sich für die Arbeit in einer Koalition gehört: Vernünftige Kommunikation, gemeinsame Diskussion und Lösungssuche, fairer Umgang miteinander – auf gemeinsamer Augenhöhe. Wenn die CDU nach Abnickern für ihre Klausurbeschlüsse oder ihr Fraktionsvorsitzender nach unkritischen Gefolgsleuten für seine einsamen Entscheidungen und spektakulären Sparvorschläge sucht, werden Sie das Vorhaben allein umsetzen und verantworten, meine Damen und Herren – die Mehrheit dafür haben Sie ja – noch! Nach unserer Überzeugung kann die Diskussion über **Ausgabenkürzungen** im Personalbereich nicht ohne die Diskussion über **Aufgabenkürzung**, neudeutsch: *Verschlankung* im Bereich kommunaler Aufgaben führen. Oder noch einfacher: Wer sparen will, muss sagen, wo er Verzicht üben will.

3. Stichwort: ***Aufgaben***

Bei allen Bedenken angesichts der ständig schrumpfenden Handlungsspielräume müssen wir dafür Sorge tragen, dass für politische Gestaltung auf kommunaler Ebene die knappen Ressourcen klug und nachhaltig eingesetzt werden. Der vorliegende Haushalt trägt diesem Grunderfordernis Rechnung, auch wenn die Möglichkeiten zum lenkenden Eingreifen in diesem Jahr durch die Umstellung der Systematik, der damit fehlenden Vergleichszahlen zur Vergangenheit, vielfach noch fehlender Kennzahlen, noch unscharfer Produktbeschreibungen insgesamt bescheiden war. Ich fürchte, das wird sich auch im nächsten Jahr noch nicht

umfassend geändert haben. Umso wichtiger erscheint es mir, die Ziele und Schwerpunkte politischen Handelns, aus diesem Saal klar nach draußen zu kommunizieren.

Wir Grünen wollen auch in Zukunft investieren. Nur stichwortartig will ich an die Bereiche erinnern, die uns immer wichtig waren und auch zukünftig wichtig sind.

- Die Gestaltung unserer Lebensbereiche in der Stadt und vor ihren Toren muss die Belange von Natur- und Landschaftsschutz auch in Zukunft angemessen, d.h. mit hoher Priorität beachten.
- Wir wollen weiterhin in den Erhalt und die Erneuerung des städtischen Gebäudebestandes unter energetischen Gesichtspunkten investieren, sehen wir gerade hier ein hohes Potential für den schonenden Umgang mit Ressourcen und Vermögenswerten.
- Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, dass Bildung und Ausbildung als Investition in die Zukunft an diesem Standort höchsten Stellenwert besitzen.

Und wenn wir vor die Alternative gestellt werden, in die Bildung und Ausbildung unserer Kinder zu investieren oder durch maßlose Subventionierung von Gewerbeflächen die geringen Ressourcen zu verzehren, so entscheiden wir uns für die erste Option. Wir alle wissen, dass ein Großteil der kommunalen Transferaufwendungen, vor allem der Bereich der Sozialtransfers, als sog. Pflichtaufgaben vorgegeben sind, ohne dass kongruente Transferleistungen bzw. Einnahmequellen zur Deckung dieser Transferleistungen zur Verfügung stehen. Aus diesem Grunde sehen wir es als eine politische Schwerpunktaufgabe an, nach der kritischen Unterscheidung von Pflichtaufgaben und freiwilligen Aufgaben die einen in ihrer Durchführung und Umsetzung zu optimieren, die anderen in kluger Abwägung zu optimieren und auch zu reduzieren. Dies ist ein notwendiger Klärungsprozess, der künftigen Entscheidungen voran gestellt werden muss, will man wirklich zu einer Bündelung der Kräfte und zu einer Optimierung des Ressourceneinsatzes kommen. Die kürzlich diskutierte und beschlossene Anhebung der Kindergartenbeiträge der Eltern ist ein einprägsames Beispiel dafür, dass der Rückzug des Landes aus diesem Leistungsbereich eben nicht durch eine automatische Übernahme durch die Kommune kompensiert werden kann, so wünschenswert das aus der Sicht der betroffenen Familien, so notwendig eine Entlastung der Familien mit Kindern aus familienpolitischer Sicht zweifellos ist. Aber wir kommen hier –und das ist wirklich beispielhaft für viele Bereiche- vom „Regen in die Traufe", wenn wir das festgestellte strukturelle Defizit zwar zur Kenntnis nehmen, aber uns nicht entsprechend verhalten. Wer dauerhaft mehr ausgibt als er einnimmt, entkommt dem daraus resultierenden Dilemma nicht dadurch, dass er die Ausgaben steigert, indem er zusätzliche Aufgaben übernimmt, ohne die Einnahmeseite zu verbessern.
Und dennoch lassen Sie mich zum Schluss unter Hinweis auf ein anderes konkretes Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit darauf verweisen, dass Investitionen auch dann notwendig und sinnvoll sein können, wenn sie nicht zeitnah in Euro und Cent bezifferbare Erträge bringen. Wir wollen auch weiterhin daran festhalten, dass die Ausbildung junger Menschen bei der Stadt Rheine, ggf. über den eigenen Bedarf hinaus auch in Zukunft zu den unverzichtbaren Aufgaben der Kommune gehört. Gern sähen wir es, wenn Industrie und Wirtschaft, die sich bisweilen berufen fühlen, den kommunalen Akteuren in Fragen wirtschaftlicher Kompetenz ihre sicher gut gemeinten Ratschläge hilfreich anzubieten, wenn eben diese Fachleute der Ökonomie ihre gesellschaftliche Verantwortung in gleichem Maße wie die Kommune wahrnähmen. Längst malen Experten das düstere Szenario eines Fachkräftemangels schon für die nahe Zukunft an die Wand, weil Industrie und Wirtschaft

unter kurzfristigen betriebswirtschaftlichen Aspekten, ihren gesamtwirtschaftlich notwendigen Ausbildungsverpflichtungen teilweise nur unzureichend nachkommen. Hier muss Kommune durch erhöhte Ausbildungsanstrengung das kompensieren, was andere trotz vielfacher Beteuerugen versäumen. Als Kommune übernehmen wir damit unverzichtbare gesellschaftliche Gesamtverantwortung.

Unser Fazit: Die Zukunft wird nur noch dann gestaltbar sein, wenn die Akteure sich auf die wesentlichen Erfordernisse und Aufgaben konzentrieren. Hier ist Klugheit, Vernunft und praktizierte Verantwortungsbereitschaft gefragt. Die parteipolitische Nabelschau und das Spreizen des Gefieders sind politische Kürübungen, deren die Menschen, die uns ein Mandat übertragen haben, überdrüssig geworden sind. Glaubwürdig bleiben wir nur, wenn wir die unabweisbaren Probleme lösen und unseren Worten Taten folgen lassen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und für Ihre Geduld.

Rainer Ortel

(Rainer Ortel, Fraktionssprecher)